



Straßburg, 22. Juni 2010

CDL-UD(2010)041

Or. Fr./Engl./Deutsch

**EUROPÄISCHE KOMMISSION FÜR DEMOKRATIE DURCH RECHT**  
**(VENEDIG-KOMMISSION)**

in Kooperation mit  
dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten  
und  
dem Executive Campus HSG der Universität St. Gallen

im Rahmen des Vorsitzes der Schweiz  
im Ministerkomitee des Europarates

**KONFERENZ**

über « Demokratie und Dezentralisierung  
Stärkung der demokratischen Institutionen, durch Beteiligung »

St. Gallen, Schweiz, 3.-4. Mai 2010

**12 THESEN ZU DEMOKRATIE UND DEZENTRALISIERUNG**

von Herrn Paul WIDMER  
Botschafter, Ständiger Vertreter der Schweiz  
beim Europarat





**Conseil de l'Europe**  
**Suisse 2009–2010**



**12 Thesen zu Demokratie und Dezentralisierung**  
**von Botschafter Paul Widmer**  
**Ständiger Vertreter der Schweiz beim Europarat**

**Konferenz *Demokratie und Dezentralisierung* St. Gallen, 3.-4. Mai 2010**

Jede Demokratie muss einen Mittelweg zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung finden. Kein Staat kann auf zentralisierende, kein Staat kann auf dezentralisierende Elemente verzichten. Aber die Gewichtung kann unterschiedlich sein. Im Folgenden seien 12 Thesen angeführt, die in St.Gallen diskutiert wurden, und welche die Vorteile der Dezentralisierung hervorheben.

1. Die Demokratie ist die angemessene Staatsform mündiger Bürger. Sie erlaubt ihnen, aktiv am Staatsgeschehen teilzunehmen und dieses zu gestalten.
2. Föderalismus und Dezentralisierung schaffen im Rahmen einer gesamtstaatlichen Verfassung die Voraussetzungen, um diese Rechte optimal auszuüben. Je dezentraler ein Staatswesen, umso mehr können Bürger Belange mitentscheiden, die sie selbst betreffen.
3. Jegliche Zentralisierung sollte auf dem Prinzip der Subsidiarität fussen. Die Nicht-Zentralisierung ist der Normalfall. Eine Kompetenzverlagerung zu einer zentralen Behörde ist begründungspflichtig. Nur jene Kompetenzen sollen zentralisiert werden, die auf lokaler oder regionaler Ebene nicht angemessen wahrgenommen werden können.
4. Ein föderales Staatswesen muss von unten nach oben aufgebaut sein, ein dezentrales nicht. Die lokale Selbstverwaltung und die regionale Demokratie sind Grundpfeiler solcher Staatswesen.
5. Alle Entscheide sollen bürgernah gefällt werden. Es ist eine grösstmögliche Identität von jenen anzustreben, die Entscheide fällen, und jenen, die deren Konsequenzen zu tragen haben.
6. Eine starke Demokratie in einem dezentralisierten Staat stützt sich nicht nur auf eine Verfassung, sondern vor allem auf eine gelebte politische Kultur. Sie bezieht auch die Zivilgesellschaft in ihre politischen Entscheide ein.
7. Besonders das Recht, Initiativen und Referenden ergreifen zu können, verschafft den Bürgern politischen Einfluss. Dadurch vermindert sich die Staatsverdrossenheit. Ausserdem erhöhen sich Rechenschaftsablage und Transparenz der Behörden und damit die „Good governance“.
8. Die Gemeinden und Regionen müssen über eigene Steuerkompetenzen verfügen. Ein Steuerwettbewerb zwischen verschiedenen Gemeinden und Regionen kann sich positiv auf den Steuerbedarf auswirken. Strukturell benachteiligte Gebiete sollen durch solidarische Transferleistungen entschädigt werden.
9. Werden zentralstaatliche Aufgaben an die Gemeinden und Regionen delegiert, so sollen diese auch die nötigen finanziellen Mittel erhalten, um ihre Aufgaben erledigen zu können.
10. Eine demokratische Mitsprache der Bürger in Finanzsachen kann die Finanzdisziplin fördern. Die Bürger, Steuerzahler und Nutzniesser in einer Person, sind meistens daran interessiert, mit dem öffentlichen Haushalt sparsam umzugehen.
11. Die Dezentralisierung ist eines der wirksamsten Verfahren, um die Identität von nationalen Minderheiten, die lokal oder regional konzentriert sind, zu stärken. Sie gewährt sowohl den nötigen Freiraum für eigenständige Entwicklungen innerhalb eines Staates wie für die Teilnahme am gesamtstaatlichen Geschehen.
12. Die Globalisierung erhöht kompensatorisch den Bedarf nach lokaler und regionaler Demokratie. Je mehr ein Gefühl vorherrscht, den grossen internationalen Trends ohnmächtig ausgeliefert zu sein, umso wichtiger werden Bürgerbeteiligung und politische Gestaltungsmöglichkeiten in der näheren Umgebung.

